

XXII. GP.-NR

127/J

2003 -02- 26

ANFRAGE

des Abgeordneten Oberhaidinger
und GenossInnen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
betreffend Versorgungssicherheit mit Strom trotz Liberalisierung

Seit 1. Oktober 2001 haben in Österreich durch die Liberalisierung des Strommarktes alle Kunden die Möglichkeit, ihren Stromversorger frei zu wählen. In anderen EU-Ländern (beispielsweise Großbritannien) hat sich gezeigt, dass die vollständige Liberalisierung des Strommarktes einen starken Wettbewerb und damit einen Preisverfall nach sich gezogen hat. Die Konsequenz daraus war wiederum die Abschaltung unrentabler Kraftwerke, was Versorgungsengpässe und Stromausfälle mit allen damit verbundenen Schäden für Unternehmen und Private gleichermaßen mit sich brachte. Nun schlagen, wie Medien berichteten, auch für Österreich Experten der TU Wien in einer Studie Alarm: Die Versorgungssicherheit sei nach der Liberalisierung nicht mehr gegeben! Die Studienergebnisse besagen außerdem, dass europaweit langfristig nur die Industrie von niedrigeren Strompreisen profitiere, während die privaten Haushalte die Verlierer der Liberalisierung seien.

In der Steiermark kam es in den vergangenen zwei Jahren zu Engpässen in der Stromversorgung, ebenso im Raum Salzburg. Das Hochspannungsnetz in diesen Bereichen sollte dringend ausgebaut werden, um den durch Betriebsansiedlungen erhöhten Bedarf zu decken – statt dessen wird aber in der österreichischen E-Wirtschaft gespart.

Die Versorgungssicherheit wurde zwar im EIWOG festgeschrieben, aber es wurde kein Instrumentarium für die entsprechende Sicherstellung eingerichtet. Die Gefahr von weiteren Versorgungsengpässen besteht daher trotzdem.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit folgende

Anfrage:

1. Können Sie garantieren, dass die Versorgungssicherheit für alle StromkundInnen in Österreich derzeit und in nächster Zukunft gegeben ist?
2. Wie wird die im EIWOG verankerte Verpflichtung zur Versorgungssicherheit derzeit überprüft und sichergestellt?
3. Ist die Einrichtung eines wirksamen Instrumentariums zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit geplant?
 - 3a. Wenn ja, welches?
4. Wie werden Sie weitere Ausfälle der Stromversorgung in der Steiermark und in Salzburg verhindern?
5. Wann wird es zu einem weiteren Ausbau der notwendigen 380 kV-Leitung in der Steiermark kommen?
6. Wann ist die entsprechende Anbindung des Salzburger Netzes an die kV-Leitung geplant?
7. Welche Pläne gibt es derzeit generell zum Ausbau des österreichischen Stromnetzes?
8. Auf welche Höhe beläuft sich der Schaden für Private und Unternehmer, der durch Stromausfälle in den Jahren 2001 und 2002 in der Steiermark und in Salzburg entstanden ist?
9. Wie werden Sie verhindern, dass auch in Österreich die privaten Haushalte zu Verlierern der Liberalisierung (Verschlechterung der Versorgung bei langfristig gleichen Preisen) werden, während lediglich die Industrie von niedrigeren Strompreisen profitiert?